



Informationsvorlage
nichtöffentlich

Gremium	geplant für Sitzung am	Beschluss		Abstimmung		
		Laut Vor-schlag	abwei-chend	Ja	Nein	Ent-hal-tung
Ausschuss für Stadtplanung, Ökologie, Wirtschaft und Feuerschutz	20.09.2017					
Verwaltungsausschuss	25.09.2017					
Rat der Stadt Ronnenberg	27.09.2017					

Rückübertragung der Aufgaben nach dem Waffen- und Sprengstoffrecht an die Region Hannover

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; AN 009/2017

Begründung:

Weiteres Vorgehen:

Die Region Hannover hat gebeten, möglichst kurzfristig mitzuteilen, ob die übersandte Vereinbarung (siehe Anlage) durch die Stadt Ronnenberg angenommen wird.

Bei einer Empfehlung des Ausschusses zur Abgabe der Aufgabe Waffenrecht an die Region Hannover auf der Grundlage des eingangs genannten Antrages und dieser Informationsvorlage würde eine entsprechende Beschlussvorlage zur Entscheidung durch den Rat erstellt. Bei einer Beschlussfassung könnte die beigefügte Vereinbarung mit dem Ziel abgeschlossen werden, eine **Übergabe zum 01.06.2018** zu organisieren.

Hintergrund:

Mit Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung, Ökologie, Wirtschaft und Feuerschutz in seiner Sitzung am 01.03.2017 zum Antrag 009/2017 wurde die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, ob sich aus der Abgabe der städtischen Aufgaben nach dem Waffen- und Sprengstoffrecht an die Region Hannover ein Kostenvorteil für die Stadt Ronnenberg ergibt.

Die Region Hannover selbst ist originäre Waffenbehörde für die 5 Kommunen, die nicht den Status einer selbständigen Gemeinde besitzen und nimmt diese Aufgabe bereits für 4 weitere Kommunen wahr, die die Aufgabewahrnehmung rückübertragen haben.

Die Stadt Ronnenberg nimmt seit Regionsbildung die Aufgaben der unteren Waffenbehörde wahr. Die Übertragung der Aufgabe resultiert aus dem seinerzeit verliehenen Status selbständige Gemeinde. Intention war u. a. auch, eine möglichst hohe Anzahl an Aufgaben vor Ort durch die Kommunen unter dem Gesichtspunkt Bürgernähe erledigen zu lassen.

In den letzten Jahren wurden immer wieder Möglichkeiten einer Aufgabenwahrnehmung/Rückübertragung durch/an die Region Hannover auch in verschiedenen Leitungsebenen diskutiert.

Bereits im Jahr 2016 haben die Stadt Ronnenberg und sechs weitere Kommunen bei der Abfrage der Region ihr Interesse einer möglichen Rückübertragung bzw. Aufgabenwahrnehmung durch die Region bekundet. Bei der Abfrage wurden Rahmenbedingungen und Konditionen der interessierten Kommunen ermittelt.

Die Region Hannover hat dann mit Schreiben vom 13.06.2016 ihre grundsätzliche Bereitschaft zu einer Übernahme der Aufgaben nach dem Waffen- und Sprengstoffrecht erklärt und die Konditionen für eine solche Übertragung formuliert. Danach können die interessierten Kommunen die Aufgabenwahrnehmung gegen eine Kostenerstattung an die Region Hannover abgeben.

Mittlerweile hat die Regionsversammlung beschlossen, denjenigen Kommunen, die Interesse an einer möglichen Beauftragung der Region Hannover mit der Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Waffen- und Sprengstoffrecht bekundet hatten, Vereinbarungen anzubieten. Eine **Übernahme der Aufgabe wäre zum 01.06.2018 möglich**, da vorher die notwendigen personellen Ressourcen dort nicht zur Verfügung stehen.

Von den 7 Kommunen, die ihr Interesse an einer möglichen Abgabe der Aufgabe bekundet hatten, haben 3 bereits entsprechende Beschlüsse zur Abgabe der Aufgabe gefasst.

Rahmenbedingungen/Konditionen/Geschäftsgrundlage:

Zuletzt betrug der nach tatsächlichem Aufwand ermittelte und für die Erledigung der Aufgabe Waffenrecht aufzuwendende Stellenanteil bei der Stadt Ronnenberg rd. 0,69 einer Vollzeitstelle. Der Personalkostenanteil hierfür beträgt ca. 46.000 € pro Jahr. Der Anteil der sonstigen Kosten (IT, Software, Administration, spezieller Drucker etc.) wird mit rd. 2.000 € je Jahr angegeben. Die Gebühreneinnahmen betrugen im Durchschnitt der Jahre 2014 - 2016 rd. 4.200 €.

Die Region Hannover geht in dem vorgelegten Vereinbarungsentwurf von einem dortigen Stellenanteil „Ronnenberg“ von insgesamt 0,31 aus. Dabei wird durch die Region Hannover aufgrund von Erfahrungen mit den Kommunen, für die die Region bereits die Aufgaben der Waffenbehörde wahrnimmt, davon ausgegangen, dass 40% der entstehenden Kosten durch Gebühreneinnahmen gedeckt werden können, wobei das Gebührenaufkommen von der Anzahl der Verfahren abhängig ist und von Jahr zu Jahr variieren kann. Damit ergäben sich für die Stadt Ronnenberg zu erstattende Kosten von ca. 14.400 € je Jahr.

Fazit: Bei Abgabe der Aufgabe würde sich nach derzeitigem Stand ein rechnerischer Kostenvorteil von ca. 29.400 € jährlich ergeben. Der Abrechnungsmodus wird zunächst für einen Zeitraum von 3 Jahren festgeschrieben.

Kostenübersicht

	Wahrnehmung durch Stadt Ronnenberg	Wahrnehmung durch Region Hannover	Differenz
Personal-/Sachkosten	48.000 €	24.000 €	
Gebühreneinnahmen	4.200 €	9.600 €	
Saldo	43.800 €	14.400 € *	29.400 €

*) angebotene Kostenerstattung an die Region

Waffenbesitzer/innen/ Bürgernähe und Bürgerservice:

Bei der Entscheidung über die Abgabe an der Aufgabe an die Region sind aber auch die Aspekte Wirtschaftlichkeit auf der einen und Bürgernähe sowie Bürgerservice auf der anderen Seite abzuwägen.

In Ronnenberg sind ca. 340 Waffenbesitzern (ohne Besitzer Kleiner Waffenschein - KWS) registriert, davon sind ca. 100 Personen im Besitz eines Jagdscheines.

Für die Bearbeitung der jagdrechtlichen Aufgaben ist die Region Hannover ohnehin zuständig. Die Waffenbehörde der Region Hannover befindet sich zentral im Regionsgebäude an der Hildesheimer Str. 20 in Hannover.

Antrags-/Besucherfrequenz für die Jahre 2014 bis 2016

	2014	2015	2016	gesamt
Anträge	103	107	181 *	391
davon pers. Kontakte	57	61	94 *	212
In %	55	57	52	54

*) Erhöhung durch Beantragung Kleiner Waffenschein (KWS)

Nach der Konzeption der Region Hannover lassen sich bei einer einheitlichen Aufgabenwahrnehmung insbesondere Synergien im Bereich Waffen- und Jagdbehörde erzielen. Es wird dort auch davon ausgegangen, dass die Bearbeitungszeit geringer sein wird als bei den jeweiligen Kommunen. Neben der Bearbeitung waffenrechtlicher Aufgaben werden dort regelmäßig auch andere Aufgaben mit hoher Priorität auf einem Arbeitsplatz wahrgenommen.

Verwendung der ggfs. frei werdenden Stellenanteile:

Bei einer möglichen Abgabe der Aufgabe können die frei werdenden Stellenanteile mit einem veränderten Aufgabenzuschnitt insbesondere bei den Produkten Öffentliche Sicherheit und Feuerschutz angepasst und neu zu gewichtet werden. In den letzten Jahren hat die Intensität der Aufgabenwahrnehmung im Bereich Öffentliche Sicherheit stetig zugenommen. Beispielhaft können hier

- der Koordinations- und Regelungsaufwand bei Veranstaltungen (z. B. Stadtfest, Dorffeste, Konzerte etc.),
- die Erwartungshaltung der Bevölkerung bei Beschwerden über Lärm oder Abfall,
- die Überprüfung der Einhaltung der Verordnung über die öffentliche Sicherheit und Ordnung, Hundegesetz,
- die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten,
- die Erstellung bzw. Fortschreibung von Gefahrenabwehrplänen sowie

- die Realisierung bzw. Fortschreibung des Feuerwehrbedarfs- und –entwicklungs-
planes

genannt werden.

Anlage(n):

Vereinbarung der Region Hannover